

**9. Februar 1974: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU
Über die Antwort des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, an den Bundeskanzler der BRD, W. Brandt***

Der Text der Antwort von Gen. L. I. Brežnev an W. Brandt ist zu bestätigen (Anlage).

Anlage**

Streng geheim

An den sowjetischen Botschafter
Bonn

Übergeben Sie den Text der mündlichen Mitteilung Gen. L. I. Brežnevs bestimmungsgemäß an Kanzler W. Brandt.

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich danke Ihnen für Ihre Schreiben. Ich habe sie mit Interesse durchgesehen, unter anderem auch den Brief vom 7. Februar 1974. Genau wie Sie, erachte auch ich die mittlerweile üblich gewordene Praxis eines offenen Meinungsaustausches zu zentralen politischen Fragen der Beziehungen zwischen unseren Staaten sowie zu einem breiten Spektrum an aktuellen internationalen Problemfeldern als nützlich. Es ist eine gute, bemerkenswerte Tradition. Ich bin dafür, diese fortzusetzen und auszuweiten; dafür, dass unsere Kommunikation so oft wie möglich und konkrete Ergebnisse erzielen möge.

Nun möchte ich mich einigen von Ihnen angesprochenen Fragen widmen. Erstens: Erdöl. Ich verstehe, dass Sie diese Frage beunruhigen muss. Es wäre jedoch unrichtig, anzunehmen, dass die Sowjetunion in dieser Angelegenheit die Rolle des „lachenden Dritten“ einnimmt. Dies ist überhaupt nicht der Fall.

Wir sind in der Frage der Erdölpreise Gegner eines extremistischen Ansatzes und haben einen solchen niemals unterstützt. Ihnen ist zweifellos bekannt, dass die UdSSR nicht nur ein großer Förderer und Produzent, sondern auch ein Importeur von Erdöl ist. Die derzeitige Aufregung um den Ölpreis fügt auch unseren wirtschaftlichen Interessen Schaden zu. Wir sind dafür, diesbezüglich vernünftige Regelungen zu finden, die den Interessen sowohl der Förder- als auch der Verbraucherstaaten von Erdöl entsprechen. Wie dies zu tun ist, ist eine andere Frage. Wir wären auf jeden Fall bereit, uns an den geplanten Erdöl-Konferenzen zu beteiligen und unsere Vertreter, möglicherweise als Beobachter, dorthin zu entsenden. Die Sowjetunion hat ebenso die Absicht, den Vorschlag des algerischen Präsidenten H. Boumedienne über die Einberufung einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung zu Fragen der Rohstoffe zu unterstützen.

Über die gesamteuropäische Konferenz: Ich habe mich zu dieser Frage in meinem vorangegangenen Schreiben an Sie detailliert geäußert. An dieser Stelle möchte ich mich diesbezüglich auf eine einzige Anmerkung beschränken: Es liegen objektiv alle Möglichkeiten dafür vor, die zweite Phase im Laufe von ein, zwei Monaten abzuschließen. Dies ist übrigens nicht nur unsere Einschätzung. Gegenwärtig hängt vieles von der Position der Länder der „Neun“ [EG] ab. Aus diesem Grund hat die Stimme der BRD derzeit ein großes Gewicht und wir hoffen, dass sich die BRD äußern wird. Es wäre gut, nicht mehr auf der Stelle zu treten.

Dies betrifft im Übrigen nicht nur die Verhandlungen in Genf. Es gibt alle Voraussetzungen dafür, dass auch die Verhandlungen in Wien schneller vorankommen. Wir sind für eine allseitige europäische Entspannung.

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 660, S. 45. – Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU vom 1.-14. Februar 1974. Punkt 102.

** RGANI, F. 3, op. 72, d. 660, S. 315–319. – Anlage zu Punkt 102 des Prot. Nr. 125.

Einige Anmerkungen zur Frage der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD: Diesbezüglich wurde in den letzten Jahren viel getan. Und dies ist ein Verdienst sowohl der einen als auch der anderen Seite. Wir wissen die Besonnenheit und den Realismus, die von der Regierung der BRD und von Ihnen persönlich, Herr Bundeskanzler, beim Zugang zu vielen Fragen der Entwicklung der Beziehungen mit der DDR an den Tag gelegt wurden, gebührend zu würdigen. Allerdings ist es auch so, dass jedwedes Vorankommen auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ohne die zahlreichen und nachdrücklichen Bekundungen guten Willens seitens der DDR wohl kaum möglich gewesen wäre. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, die, wie es scheint, manchmal nicht die gebührende Wertschätzung erfährt.

Man kann sagen, dass zwischen der DDR und der BRD gegenwärtig eine ganze Reihe von Verhandlungen geführt wird. Wäre dies noch vor einigen Jahren auch möglich gewesen? Ganz bestimmt nicht. In den Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten ist viel in Bewegung gekommen, obwohl dieser Prozess natürlich nicht ohne Schwierigkeiten abläuft. Soweit erinnerlich, haben Sie selbst in Ihren Ansprachen an die westdeutsche Bevölkerung nicht nur einmal erklärt, dass es unrealistisch sei, auf diesem schwierigen Weg schnelle Fortschritte zu erwarten. Dabei geht es klarerweise nicht darum, ob einer den anderen umgehen oder austricksen möchte. Wie die BRD, so verfügt auch die DDR über ihre eigenen staatlichen Interessen und Beziehungen. Sie hat das Recht, diese zu verteidigen. Und die westdeutsche Seite hat diese Interessen zu berücksichtigen, wenn sie – was wir uns aufrichtig wünschen – nach einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der DDR strebt.

Ihre im Verlaufe der jüngsten Bundestagsdebatten abgegebene Erklärung, wonach die Bundesregierung die DDR als unabhängigen und souveränen Staat ansehen und ausgehend davon mit diesem die entsprechenden Abkommen abschließen werde, hat mir sehr imponiert. Es ist die einzige vernünftige Herangehensweise. Verfolgt man diese Linie konsequent weiter, werden die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD zweifellos gut sein.

Es entsteht jedoch der Eindruck, dass die zwischen der DDR und der BRD bestehenden offenen Fragen nicht immer eben aus diesen Positionen betrachtet werden. Ich kann nur schwer beurteilen, warum dem so ist, doch in der Praxis wird die These über die Beziehungen mit der DDR als einem souveränen Staat immer wieder durch Ansprüche auf die Herstellung irgendwelcher „besonderer innerdeutscher Beziehungen“ ersetzt. Wir wissen beide gut, wie so manche diese Formel zu entschlüsseln wissen.

Soweit ich informiert bin, könnte etwa die Frage über den Austausch ständiger Vertretungen zwischen der DDR und der BRD bereits längst gelöst sein, wären die Vertreter der BRD bereit gewesen, diese Vertretungen als Vertretungen souveräner und gleichberechtigter Staaten anzusehen und die in solchen Fällen üblichen und beim Umgang zwischen den Staaten festgeschriebenen Normen internationalen Rechts anzuwenden.

Einige Worte zu Westberlin: Ich denke, dass wir die in dieser Frage bisweilen auftretenden Missverständnisse verhindern können und müssen. Das Rezept dafür ist einfach: Es ist unabdingbar, das Viermächteabkommen als ein Interessengleichgewicht der Vertragspartner zu betrachten, und nicht bemüht zu sein, aus diesem Abkommen mehr herauszupressen, als in ihm enthalten ist.

Das Viermächteabkommen enthält meiner tiefen Überzeugung nach genug Elemente, um ein stabiles Einvernehmen und eine Entspannung auf diesem Gebiet sicherzustellen. Friktionen braucht hier niemand, und diese muss es auch gar nicht geben, wenn alle Seiten eine vernünftige Zurückhaltung an den Tag legen. Wir treten jedenfalls dafür ein. Wenn wir jedoch vor vollendete Tatsachen gestellt werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als darauf zu reagieren. Das ist die Logik des politischen Geschäfts, wie es gut bekannt ist. Es würde den ureigenen Interessen unserer Länder entsprechen, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen. Wir sind bereit, in dieser Richtung mit Wort und Tat zu kooperieren.

Ihr Besuch in der Sowjetunion kann auch für den von Ihnen ins Auge gefassten Zeitraum anberaumt werden. Sollte Ihrerseits der Wunsch bestehen, bereits früher anreisen zu wollen, würde uns

dies ebenfalls passen, weil ich wirklich den Wunsch habe, mich mit Ihnen über so Einiges zu unterhalten, und zwar vor allem über internationale Angelegenheiten und über Politik.

Abschließend möchte ich nochmals meine Bereitschaft bestätigen, Ihren Unterhändler, Herrn E. Bahr, für einen Meinungsaustausch sowohl zu internationalen Problemfeldern als auch zu Fragen der bilateralen Beziehungen in der zweiten Februarhälfte zu empfangen.

Hochachtungsvoll
9. Februar 1974

L. Brežnev“

Tätigen Sie bei der Übergabe des Schreibens folgende ergänzende Anmerkungen:

1. Über den Ölpreis. Der Gesprächspartner ist besonders darauf hinzuweisen, dass die Erdölpreise in der Regel von jenen erdölexportierenden Ländern diktiert werden, die aufs Engste mit den großen westlichen Kapitalmonopolen verbunden sind. Es sieht danach aus, dass es eine gewisse Verteilung der Rollen gibt, so dass beide genannten Seiten profitieren. Diesbezüglich reicht es, etwa Saudi-Arabien zu erwähnen.

2. Über das Treffen W. Brandts mit E. Honecker. L. I. Brežnev hat die Absicht, E. Honecker über die Bitte des Kanzlers zu informieren. Es versteht sich, dass die Frage über die Zweckmäßigkeit des Treffens und dessen Zeitpunkt von den beiden daran interessierten Seiten gelöst werden muss. Klar ist, dass ein solches Treffen, um zu Ergebnissen zu führen, eine gründliche Vorbereitung erfordert.

3. Westberlin. Der Beschluss der Regierung der BRD über die Schaffung des Bundesamtes für Umweltschutz in Westberlin hat uns ernsthaft beunruhigt. Sollte dieser Schritt getan werden, müssen wir unbedingt reagieren. Wir hoffen deshalb, dass die westdeutsche Seite Möglichkeiten zur Vermeidung einer Zuspitzung findet, mit der unserer Meinung nach niemandem gedient wäre. Wenn es kein Bundesamt in Westberlin geben wird, werden auch Antwortmaßnahmen ausbleiben. Es bleibt die Hoffnung, dass der Kanzler diese Frage möglicherweise noch einmal überdenkt.

4. Wir haben mit Interesse die Information betreffend den Stand der Dinge in den USA aufgenommen und sind bereit, den Meinungsaustausch zu dieser Frage mit Ihnen fortzusetzen.